

Workshop Gender Mainstreaming

07

Januar 2009



Gute Praxis zum Querschnittsziel:
Gleichstellung von Frauen und Männern
im Programm Stadtumbau West
Gender Mainstreaming

Workshop Gender Mainstreaming

Gute Praxis zum Querschnittsziel:
Gleichstellung von Frauen und Männern im Programm
Stadtumbau West - Gender Mainstreaming

| Veranstaltungen der Innovationsagentur Stadtumbau NRW |

Dokumentation

Bearbeiter:

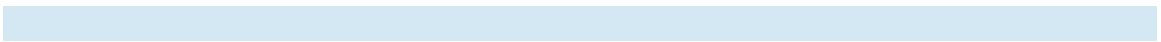
Dipl.-Ing. Frank Schulz
Dipl.-Ing. David R. Froessler

Innovationsagentur Stadtumbau NRW
Talstraße 22-24
D - 40217 Düsseldorf

Fon: +49 211 5 444 866
Fax: +49 211 5 444 865

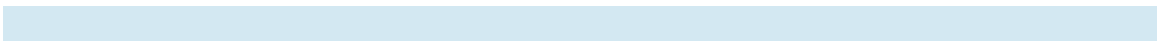
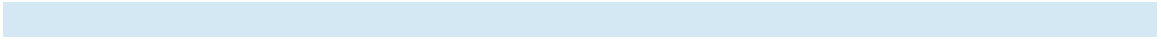
eMail: info@StadtumbauNRW.de

Düsseldorf | Januar 2009



Inhaltsverzeichnis

1.	Gender Mainstreaming im Stadtumbau - Relevanz für die Praxis	07
2.	Erwartungen der Teilnehmer	09
3.	Gleichstellungspolitische Ziele des Landes NRW im Ziel 2-Programm und im Stadtumbau West	11
4.	Gender Mainstreaming - kein Thema für den Stadtumbau?	13
5.	Grundlagen der Gender-Planung	17
6.	Gender Mainstreaming -Gute Beispiele aus der Praxis	22
7.	Freiraumplanung im Quartier: Die Entwicklung des quartiersbezogenen Freiraums für neue Nutzungsanforderungen unter genderrelevanten Gesichtspunkten	24
8.	Checkliste zu relevanten Themenfeldern für die tägliche Arbeit	29
9.	Fazit und weitere Schritte	30
	Rundgang durch das Quartier/Ausstellung	31
	TeilnehmerInnen	32
	Weiterführende Literatur zum Thema	33
	Impressum	35



I. Gender Mainstreaming im Stadtumbau - Relevanz für die Praxis

Im Zuge des demographischen Wandels und einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft muss der damit verbundene Anpassungsprozess immer kleinteiliger auf die Bedürfnisse einzelner Gruppen eingehen. Alte Rollenmuster brechen auf oder müssen neu überdacht werden. Die Vielfalt der Gesellschaft und die dadurch neu entstehenden **Ansprüche** unterschiedlicher **Generationen**, **Menschen mit und ohne Migrationshintergrund** oder auch **unterschiedlichen Geschlechtern** müssen Eingang in die Planungs- und Beteiligungsprozesse im Rahmen des Stadtumbaus finden, wenn nachhaltig erfolgreiche Städte, Quartiere und Wohnsiedlungen geschaffen werden sollen.

Gender bezeichnet die gesellschaftlich geprägte und damit veränderbare Rolle von Frauen und Männern. **Gender Mainstreaming** ist eine Strategie, die mit entsprechend reflektierten Entscheidungen und fachlichen Maßnahmen mehr Entwicklungsoptionen für beide Geschlechter eröffnen will. So besteht die Aufgabe des **Gender Planning** darin, den Blick auf die Frauen und auf die Männer zu richten, damit eine geschlechtersensible Perspektive in alle sozio-politischen und wirtschaftlichen Bereiche integriert werden und somit eine Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen gefördert werden kann.

Auch von [förder-]rechtlicher Seite wird die Chancengleichheit beider Geschlechter ausdrücklich erwünscht. So gibt es sowohl im BauGB als auch im Rahmen der **Querschnittsziele der NRW Ziel 2-Förderung [EFRE]** entsprechende Grundlagen, die eine Beachtung der unterschiedlichen Bedürfnisse der beiden Geschlechter erfordern. Im Rahmen des Berichtswesens, das durch die Inanspruchnahme europäischer Fördergelder erforderlich wird, muss der Beitrag zur Erreichung dieses Ziels von den Fördermittelempfängern differenziert erläutert und belegt werden. In der Praxis wird die Umsetzung dieser Ziele jedoch häufig auch deshalb vernachlässigt, weil keine ausreichenden Erfahrungen auf der operationellen Ebene bestehen.

Die Anpassung von Siedlungsstruktur, die Ausstattung von Städten und Quartieren und die Weiterentwicklung von Einrichtungen und Angebotsformen der sozialen Infrastruktur sind die **Themenfelder** in der Planung, die durch den veränderten Blick des Gender Planning in besonderem Maße positiv beeinflusst werden können. Fragen zur **Funktionsmischung**, zur **Sicherheit** im öffentlichen Raum, zur Anpassung von **öffentlichen Freiräumen**, zur Berücksichtigung neuer **Wohnbedürfnisse**, zum **Mobilitätsverhalten** sowie zur Beteiligung und zum nachhaltigen **BürgerInnenengagement** werden mit neuen Akzenten beantwortet.



Gender Mainstreaming als
Strategie für neue Optionen

Die Umsetzung in der Praxis
scheitert vor allem aufgrund
mangelnder Erfahrungen



Einführung

Herausforderungen erfordern Bündelung aller Kräfte

Bei der Bewältigung dieses strukturellen und demographischen Wandels und den Auswirkungen auf die Stadtentwicklung müssen alle Kräfte gebündelt werden, um diesem Prozess eine positive und zukunftsfähige Ausrichtung zu geben und vor Ort **neue Qualitäten** zu erzielen. Die dafür notwendige integrierte Stadtentwicklung führt verschiedenste Disziplinen zusammen.

Kurze Informationsbroschüre zum Thema

In Kooperation mit dem **Zentrum Frau in Beruf und Technik** [ZFBT] konnte zum einen ein fokussiertes Informationsdokument erstellt werden, das eine kurze Einleitung zum Thema bietet und anschaulich aufzeigt, welche Aspekte des Gender Plannings für PlanerInnen in ihrem Alltag von Belang sein können. Die kurze Broschüre zum Thema finden Sie hier:

www.urbano.de/stadtumbau/pdf/dokumente/suw_u_gender.pdf

Workshop zum Thema mit Schwerpunkt "Freiraum"

Zum anderen wurde im Rahmen der Themenwoche „**Neue Stadt Wulfen - Idee, Entwicklung, Zukunft**“ gemeinsam ein lebendiger Workshop durchgeführt, der anhand von planerischen Themenschwerpunkten die Möglichkeiten und Zielsetzungen des Gender Plannings verdeutlichte.

Es bestand dabei für die TeilnehmerInnen die Gelegenheit, eigene Erfahrungen einzubringen sowie Vorstellungen über die Anwendung bei eigenen Projekten auszutauschen. Anhand des **Themenschwerpunktes 'Freiraum'** konnten konkret die Anforderungen an eine gendergerechte Planung dargestellt und diskutiert werden.

Referentinnen: Frau Schmitt-Hofemann, Frau Vaupel und Frau Humpert

Innerhalb des Workshops erläuterte Frau **Schmitt-Hofemann** vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW [MGFFI] die Ziele des Landes NRW im Rahmen des Ziel 2-Programms. Frau **Vaupel** vom ZFBT berichtete über den Stand der Befragung zum Thema Gender im Stadtumbau West und Frau **Humpert**, ebenfalls vom ZFBT, suchte anhand des Praxisbeispiels Freiraum die Diskussion zu Möglichkeiten und Qualitäten des Gender Plannings.

Das vorliegende Dokument bietet eine umfassende Übersicht über die bislang kooperativ erarbeiteten Ergebnisse aus der Informationsbroschüre und dem Workshop.

2. Erwartungen der TeilnehmerInnen zum Workshop "Gender Mainstreaming"

Die Erwartungen der einzelnen TeilnehmerInnen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Informationen als Einstieg in die gesamte Thematik: Was ist Gender Mainstreaming überhaupt?
- Die Abgrenzung zu früheren Strömungen in der Planung [frauengerechte Planung] genau darstellen. Was ist anders an Gender Mainstreaming?
- Welche Daten und Statistiken zeigen, dass Gender Mainstreaming angewendet wurde, und nicht nur eine frauengerechte Planung umgesetzt wurde?
- Tipps für Stadtplanerinnen, wie man das Interesse für Gender Planning im Stadtteil wecken kann.
- Der Workshop als Dialog und als Auftakt für einen weiterführenden Prozess im Rahmen der Ziel 2-Förderung. Wo gibt es Anknüpfungspunkte zu anderen Planungen?
- Der Workshop soll als Motivator dienen, um auch in Zukunft an dem Thema Gender weiterzuarbeiten.
- Erfahrungsaustausch, wie man das Thema besser innerhalb der Stadtplanung platzieren kann.
- Diskussion über berufliche Chancen von Frauen und die damit verbundenen räumlichen Auswirkungen sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
- Konkretes Herausarbeiten von Bedarfen in der Praxis, die auf der Programmebene nur abstrakt behandelt werden können.
- Kompetenzen zum Thema Gender Planning erwerben. Qualifizierung zum Thema Gender:
- Welche Anforderungen stellt Gender Mainstreaming an Planungs- und Beteiligungsprozesse?
- Qualifizierungsmöglichkeiten eruieren.
- Austausch der PraktikerInnen zum Thema.
- Wie kann das Thema umsetzungsorientiert angegangen werden? Hinweise zu Bewertung und Qualifizierung sind dabei ebenfalls interessant.
- Inputs aufnehmen, um diese an andere PlanerInnen weitergeben zu können.



Erwartungen



- Der Workshop soll Möglichkeiten aufzeigen, welche Chancen aus der Methode für den Umbau von problemhaften Quartieren genutzt werden können.
- Unterstützung von neuen Wohnformen mit den Methoden des Gender Mainstreaming.
- Möglichkeiten der Sensibilisierung von anderen Akteurinnen und Akteuren im Bereich Planung.
- Kombination der Kenntnisse der Akteurinnen und Akteure, die im Stadtumbau West agieren mit den Erfahrungen und Hintergründen des Gender Mainstreaming.

Ziel 2-Programm

3. Gleichstellungspolitische Ziele des Landes NRW im Ziel 2-Programm und im Stadtumbau West

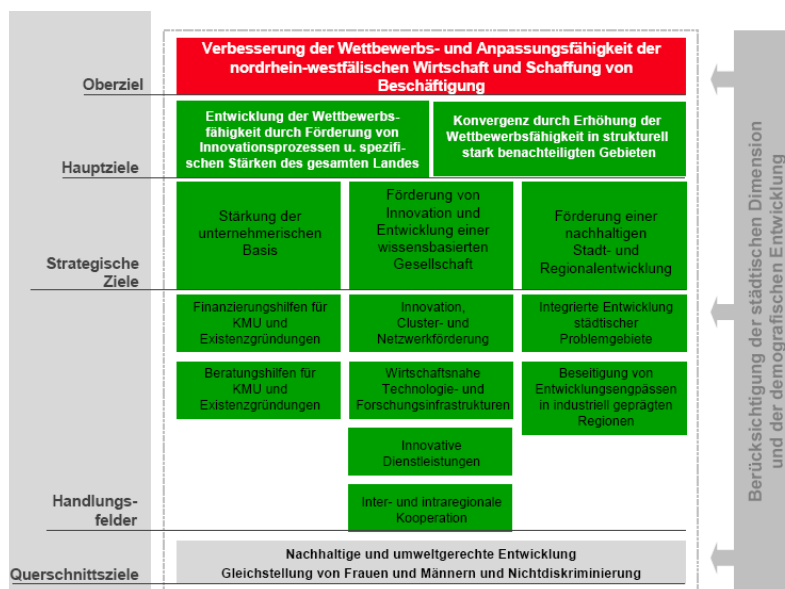
Frau Schmitt-Hofemann arbeitet als Referatsleiterin im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW in der Frauenabteilung und ist zuständig für **Bildung und Strukturpolitik**. In diesem Rahmen fällt auch das Programm Stadtumbau West in ihre Zuständigkeit, das über den Strukturfond kofinanziert wird. Das Referat betreut viele Querschnittsaufgaben, wie z.B. die Begleitung des Ziel 2-Programms. Das Ministerium war sowohl bei der Erstellung als auch bei der Begleitung des Programms beteiligt sowie zukünftig auch an der Evaluation.



Darüber hinaus existiert eine enge Kooperation mit dem Zentrum für Frau in Beruf und Technik, wo man gemeinsam an dem Ziel, die **Gleichstellung von Frau und Mann** zu erreichen, arbeitet.

Es werden insgesamt 1,2 Mrd. Euro für das Ziel 2-Programm ausgegeben. Diese hohe Summe soll sich auch nach dem Wunsch des Ministeriums positiv auf die Belange der Frauen auswirken und sie auch bei der Gestaltung von Prozessen beteiligen.

1,2 Milliarden Euro stehen
für Ziel 2 bereit



Die Ziele des Programms sind in der Grafik verdeutlicht worden: Das Oberziel des Ziel 2-Programms ist die **Verbesserung der Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit** der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und die Schaffung von Beschäftigung.



Ziel 2-Programm

Konvergenzziel ist von höchstem Interesse

Das Hauptziel, das im Rahmen des Stadtumbaus von Interesse ist, ist das **Konvergenzziel**. Durch die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit in strukturell stark benachteiligten Gebieten soll die Konvergenz hergestellt werden. Der Block „**Förderung einer nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung**“ erhält 30% der gesamten Fördermittel. Darunter fallen unterschiedliche Maßnahmen, die in ihrer Dimension eher Handlungsfelder darstellen.

Folgen des demographischen Wandels sind in Zukunft stark zu spüren

Die Grundprinzipien des Programms stellen die Aspekte **Berücksichtigung der städtischen Dimension und des demographischen Wandels** dar. Im Kontext des Workshops spielen diese beiden Aspekte ebenfalls eine sehr wichtige Rolle. Die Folgen des demographischen Wandels werden in Zukunft in vielen Bereichen zu spüren sein. Die Schlagworte „weniger, älter, bunter“ verdeutlichen die zukünftigen Entwicklungen, auf die neue Antworten gefunden werden müssen. Im Rahmen des demographischen Wandels spielen vor allem bestimmte Gruppen eine besondere Rolle, die beachtet werden müssen [arme Menschen, alte Menschen, AusländerInnen und Alleinerziehende]. Wenn diese Merkmale kumulierend zusammenkommen, entstehen Probleme in den jeweiligen Quartieren. Zukünftige Maßnahmen müssen zu diesen Tendenzen ein Gegengewicht setzen können, um dies zu vermeiden oder abzufedern. Darüber hinaus dürfen aber auch die jungen Menschen nicht aus dem Fokus verloren werden.

Chancengleichheit als eine Aufgabe im Ziel 2-Programm

Die Querschnittsziele der Ziel 2-Förderung „**Nachhaltige und umweltgerechte Entwicklung**“, „**Nichtdiskriminierung**“ sowie „**Gleichstellung von Frauen und Männern**“ gelten gleichermaßen für alle Säulen. An der Erreichung der letzten beiden Ziele arbeitet das MGFFI sehr intensiv. Die Städte stehen heutzutage vor der anspruchsvollen Aufgabe, den sozialen Ausgleich aufrechtzuerhalten und neue Impulse für die weitere Stadtentwicklung zu setzen sowie die Nachhaltigkeit zu beachten.

Die Beispiele im Ziel 2-Programm für die Chancengleichheit umfassen die Unterstützung beim Aufbau innovativer Dienstleistungs- und Beratungsstrukturen, die Erstellung von **Chancengleichheitsprofilen** bei der Förderung der lokalen Ökonomie und die Erweiterung der Genderkenntnisse bei Planenden und Projektumsetzenden.

Vor etwa einem Jahr hat das MGFFI Kontakt zum Städtenetzwerk Soziale Stadt, zur Innovationsagentur und zum MBV aufgenommen, und angeboten, einen konkreten Input in diesem Themenfeld zu setzen. Das Zentrum Frau in Beruf und Technik hat diese Aufgabe tatkräftig als **erfahrenes Institut** unterstützt. Im Stadtumbau West und in der Sozialen Stadt ist diese Unterstützung positiv angenommen worden und bereits angelaufen. In diesem Zusammenhang wurde eine Umfrage erstellt und durchgeführt, um herauszufinden, wie und ob die Erreichung der Gleichstellungsziele im Planungsalltag funktioniert.

4. Gender Mainstreaming – kein Thema für den Stadtumbau?

Zum Stand der Umsetzung des Querschnittsziels in der Projektpraxis

Frau Vaupel vom Zentrum Frau in Beruf und Technik stellt im Rahmen ihres Vortrages die ersten Ergebnisse einer Umfrage vor, die für die Akteure der Sozialen Stadt und Stadtumbau West erstellt wurde. Hintergrund war eine Anfrage, für die beiden großen Förderprogramme zu ermitteln, inwieweit die **Querschnittsziele** des Ziel 2-Programms beachtet werden. Dank der beiden koordinierenden Stellen, der Innovationsagentur für den Stadtumbau und das Städtenetzwerk NRW für die Soziale Stadt konnte relativ einfach eine Bestandsaufnahme zu den Themen Gleichstellung und Gender im Rahmen der geförderten Arbeit erstellt werden.

Dabei waren die Fragebögen beider Programme sehr ähnlich aufgebaut. In der Sozialen Stadt gibt es bereits viele gute Ansätze und Projekte in Bezug auf das Thema Gender Mainstreaming. Im Programm Stadtumbau West gibt es weitaus **weniger Erfahrungen mit Frauenprojekten**, was auch die geringen Rückantworten beweisen. Eine Sensibilisierung in diesem Themenfeld ist kaum vorhanden. Dies hängt unter anderem auch mit der Struktur und der Ausrichtung der beiden Programme zusammen. Die Soziale Stadt ist vielmehr zielgruppenspezifisch ausgerichtet, wohingegen der Stadtumbau eher bauliche Maßnahmen im Fokus hat. Der **Rücklauf** der Befragung im Programm Stadtumbau West war mit rund 38% jedoch sehr zufriedenstellend.

Diese Ergebnisse sind dennoch sehr verwunderlich, da auf fast allen Ebenen das Thema sehr intensiv bearbeitet wird. Der Bund hat sehr viele Projekte und Veröffentlichungen dazu angestoßen und umgesetzt. Darüber hinaus ist die **Thematik ins BauGB** aufgenommen worden. Es stellt sich jedoch häufig noch die Frage, wie man dieses Thema am besten operationalisieren kann und was es als Querschnittsthema genau bedeutet. Vielfach wird die Beachtung der Genderaspekte nicht als wichtig erachtet und hinten angestellt. Die Beachtung oder Umsetzung der Gleichstellungsziele wurde nur in den Fällen verfolgt, in denen ein **persönliches Engagement** dahinterstand. Eine systematische Verankerung ist nicht vorhanden.

Der ausgeteilte **Fragebogen** untergliedert sich in drei Teilbereiche. Im ersten Abschnitt fragt er explizit nach dem Aufbau des jeweiligen städtebaulichen Entwicklungskonzeptes und die Berücksichtigung von genderrelevanten Aspekten. Der zweite Bereich beschäftigt sich mit der Frage nach den durchgeführten Verfahren zur Öffentlichkeitsbeteiligung. Der letzte Bereich beleuchtet die einzelnen Vorhaben im Quartier.

Erste Ergebnisse der Umfrage sind verfügbar

Die Ergebnisse der Befragung sind teilweise sehr verwunderlich

Gender Mainstreaming

Gendergerechte Daten wurden kaum erhoben

Es zeigt sich auf Nachfrage deutlich, dass zu den **Stadtentwicklungskonzepten kaum gendergerechte Daten** erhoben wurden. Nur eine einzige Kommune konnte diese Frage mit ja beantworten. Das Engagement im Stadtumbau bleibt daher hinter dem der Sozialen Stadt zurück. Man muss sich dabei gezielt die Frage stellen, woran das liegen könnte und an welchen Stellen man ansetzen könnte, um dies zu ändern.

Das Engagement für Gleichstellungsfragen hängt stark von Einzelpersonen ab

Grundsätzlich leidet das Thema Gender Mainstreaming an einem gewissen **schlechten Ruf**, den es zu überwinden gilt. Um das **negative Image** abzubauen, ist es wichtig, zum einen weiter auf Sensibilisierung zu setzen und zum anderen viele gute Beispiele sichtbar zu machen.

Nach wie vor hängt das **Engagement für Gleichstellungsfragen** sehr stark von Einzelpersonen ab. Darüber hinaus ist es einfacher, Menschen für konkrete Projekte zu aktivieren. Auf Programmebene findet man wenig Unterstützung für Genderfragen. Aber auch bei konkreten Beteiligungsprozessen stellt man immer wieder fest, dass bei der Dokumentation solcher Prozesse häufig vergessen wird, die Beteiligung nach Geschlecht zu erfassen, um daraus weitere Aussagen ableiten zu können.

Bei vielen Antworten innerhalb der Umfrage wird deutlich, dass nach wie vor in **konkreten Zielgruppen** gedacht wird und Planungen dementsprechend umgesetzt werden. Andere Ansprüche, die allen zugute kommen, werden meist nicht so explizit miteinbezogen [z.B. Verbesserungen beim ÖPNV].

Im Stadtumbauprogramm haben häufig die vor Ort eingesetzten **QuartiersmanagerInnen** die Aufgabe übernommen, gendergerecht zu arbeiten. In der Regel werden hier die wichtigen Genderaspekte in die tägliche Arbeit integriert.

Weitere Anregungen zum Fragebogen

Gender Mainstreaming sollte fest integriert werden

Frau **Bartholomä** merkt an, dass es wichtig ist zu überlegen, wie die Genderaspekte von oben nach unten in die **Verfahren des Stadtumbaus** fest integriert werden können. Es ist wichtig, auch im Hinblick auf die Normalisierung in der Anwendung, dass dieser Aspekt fest eingebunden wird.

Es ist außerdem von Belang, eine geeignete **Systematik für Beteiligungsformen** zu erstellen. Die geplante TÖB-Beteiligung, so wie sie in Dortmund mit über 170 Akteuren versucht wurde, hat nur eingeschränkten Erfolg gezeigt. Von den angesprochenen Akteuren waren die Rückmeldungen sehr niedrig, so dass die weitere Arbeit dadurch erschwert wurde.

Gender Mainstreaming

Darüber hinaus fragt die EU-Ebene nicht nach dem einzelnen Projekt, sondern gezielt nach dem Prozess. Hierbei stellt sich oft die Frage, wie man die **Vermeidung von Diskriminierung** und die **Berücksichtigung der Genderaspekte** überprüfbar machen kann. Diese Aspekte müssen nämlich auch im Nachhinein überprüfbar sein.

Frau **Vaupel** erläutert, dass diese Überprüfbarkeit nur entwickelt werden kann, wenn man sich gezielt mit einzelnen **Modellprojekten** auseinandersetzt. Dabei muss die Methode auf den verschiedenen Ebenen erprobt werden. Nach wie vor ist aber eine Operationalisierung der Genderaspekte schwierig.

Frau **Hesse** ergänzt, dass es wichtig wäre, die Genderaspekte – ähnlich wie beim Brandschutz – ganz selbstverständlich mit zu berücksichtigen. Es müsste gesetzliche Verfahren geben, die diesen Aspekt grundsätzlich mit abfragen. Die Chancengleichheit als Fördergrundlage wird bislang nicht explizit abgefragt und verlangt, um als **Ausschlusskriterium** für Förderzusagen infrage zu kommen. Beklagenswert ist daher, dass es verfahrenstechnisch keine Handhabe gibt, um diesen Prozess verpflichtend einzubauen. Denn über **Geldmittel** hätte man die Chance, bestimmte Ziele und Anforderungen leichter umsetzen zu lassen. Beim Beispiel Baukultur kann man ähnliche Entwicklungen beobachten. Jeder weiß, dass die Beachtung dieser Normen und Werte der Baukultur Vorteile mit sich bringt, aber kaum jemand wendet sie aktiv an.

Für Frau Schmitt-Hofemann ist das Entscheidende das **Qualitätskriterium**. Es muss nachgewiesen werden, dass die Anwendung dieser Methode eine verbesserte Qualität mit sich bringt. Der Prozess sollte „**Top-Down**“ geführt werden, da so sichergestellt wird, dass die Aspekte des Gender Mainstreaming auch ausreichend berücksichtigt werden. Das Aufzeigen **guter Qualitäten** kann eine Art **Multiplikationseffekt** nach sich ziehen, um auch andere Kommunen von der Sinnhaftigkeit zu überzeugen. Das Prinzip „**Top-Down**“ stellt außerdem sicher, dass es sich um eine erhöhte Ernsthaftigkeit handelt. Denn wenn auch die Leitungsebene hinter diesem Gedanken steht, kann der Prozess insgesamt erst ernsthaft betrachtet werden.

Eine wichtige mögliche Beeinflussungsebene wäre die **IntermAg** [Interministerielle Arbeitsgruppe], in der auch Frau Schmitt-Hofemann Mitglied ist. Allerdings gibt sie zu bedenken, dass Projekte in den seltensten Fällen aufgrund der **Nichtbeachtung von Genderaspekten** abgelehnt wurden. Sie hält es eher für unwahrscheinlich, dass dies in naher Zukunft anders sein wird. Allerdings könnte man versuchen, die Kommunen auf die Defizite gezielt aufmerksam zu machen und dafür zu sorgen, dass in bestimmten Bereichen nachgearbeitet werden muss. Dies könnte – auf Anregung der TeilnehmerInnen – eine mögliche erste Art der Steuerung darstellen.

Entwicklung von Modellprojekten als wichtiger Schritt

Genderaspekte sollten selbstverständlich mit berücksichtigt werden

Es müssen neue Qualitäten durch GM entstehen

Ist eine Steuerung durch die IntermAg möglich?

Gender Mainstreaming

Das Thema ist auf dem
Wege der Normalisierung

Frau [Humpert](#) führt an, dass sich das Thema auf dem [Wege der Normalisierung](#) befindet. Darüber hinaus gibt es mittlerweile zahlreiche Studiengänge, die sich mit dem Thema auseinandersetzen. Die Lehre ist ein wichtiges Instrument, um zukünftigen Generationen das Thema mit auf den Weg zu geben und so für eine Normalisierung zu sorgen.

Die Stadt [Dortmund](#) hat vor einigen Jahren einen Ratsbeschluss herbeigeführt, der vorsieht, dass Genderaspekte zu beachten sind. Es gibt somit für bestimmte Strategien und Strukturen eine Eigenverpflichtung der Stadt. Viele Städte haben eventuell ähnliche Beschlüsse, die weiterverfolgt und intensiver beachtet werden sollten. Die Vorgaben des Landes werden nicht so stringent verfolgt.

Gutes Beispiel:
Soziale Stadt Speyer

Ein gutes Beispiel für die Anwendung der Genderaspekte in der Prozessentwicklung findet man in der [Sozialen Stadt Speyer](#) [siehe auch <http://www.sozialestadt.de/gebiete/gebietAnzeige.php?id=279>].

Es wäre daher spannend auch in [NRW mit einem Modellprojekt](#) zu beginnen, um anschließend demonstrieren zu können, welche Möglichkeiten bislang ungenutzt waren. Die erfolgreiche Umsetzung von Gender Planning in einem Modellprojekt könnte ganz explizit aufzeigen, welche neuen Qualitäten entstehen können.

5. Grundlagen des Gender Planning

Zunächst wird die Begrifflichkeit „Gender Planning“ von Frau Humpert definiert, um eine gemeinsame Diskussionsgrundlage zu haben. Gender Planning ist demnach die Umsetzung von Gender Mainstreaming auf der Fachebene Planung. Es stellt eine Strategie dar, um mit Entscheidungen und fachlichen Maßnahmen Entwicklungsoptionen für beide Geschlechter zu eröffnen und gehört weitestgehend zum politischen Handwerk. Gender Planning umfasst Ziele, Kriterien und Maßnahmen sowie Umsetzungserfahrungen in verschiedenen Handlungsfeldern. Es wirkt generell auf der Produkt- und Verfahrensebene.

Frau Humpert ergänzt, dass die **Lebensmodelle** im Vordergrund stehen. Gender Mainstreaming ist dabei nur die **Hülle für gesellschaftliche Vorgänge**. Das Gender Planning eröffnet wichtige Optionen, damit Lebensmodelle einfacher oder überhaupt möglich werden.

Im Bereich der Umsetzungserfahrungen kann man auf langjährige Praxiserfahrungen im Rahmen der **IBA Emscherpark** zurückblicken. Auch das Bauministerium hat sich in Genderfragen intensiv beraten lassen, um gezielter auf die individuellen Bedürfnisse einzugehen.

Die **Hafencity in Hamburg** wurde durch einen speziellen Frauenbeirat unterstützt, eine ebensolche Einrichtung gibt es auch im Berliner Senat. Aktuellere Projekte, in denen die Genderaspekte explizit berücksichtigt wurden, sind die Entwicklung von **Zollverein** in Essen und **Phoenix** in Dortmund. Viele weitere Projekte sind ausführlich dokumentiert worden und zeigen, wie Gender Planning erfolgreich umgesetzt werden kann.

Betrachtet man die **Produkt- und Verfahrensebene**, stellt sich häufig die Frage, was durch das „Gendern“ anders werden kann. Dabei sind zum Beispiel im Themenfeld „Sicherheit“ die Fragen nach der Gestaltung der Wege, ihre Beleuchtung und Breite wichtige Planungshilfestellungen, die ohne die Betrachtung von Genderaspekten so nicht in die endgültige Umsetzung eingebracht worden wären. Wichtig ist, dass die einzelnen Lebensmodelle, die beide Geschlechter in unterschiedlicher Weise haben, wählbar bleiben. Die genderrelevanten zusätzlichen Planungsanforderungen kommen demnach nicht nur Frauen zugute, sondern allen in ihren jeweiligen Lebensmodellen. Es geht also auch um die Akzeptanz der Sinnhaftigkeit von Maßnahmen und Modellen in der bisher hauptsächlich von männlichen Entscheidungen geprägten Planungswelt.

Auf der **Verfahrensebene** wird das Thema „Top-Down“ eingeführt. Zu Beginn ist es wichtig, eine Steuerungsgruppe zu besetzen, die sich mit dem Thema auseinandersetzt und dies vorbereitet. Diese spezielle Ein-



Lebensmodelle stehen im
Vordergrund

“Gendern“ kann in vielen
Bereichen positive Entwick-
lungen bringen

Grundlagen

Arbeit in der Praxis baut

Vorurteile ab

richtung wird bei vielen als Bedrohung angesehen, da sie erhöhten Aufwand in Bezug auf Zeit und Geld bedeutet. Doch durch die [direkte Teilhabe an Gesprächen](#) und Diskussionen werden diese Befürchtungen meist zügig abgebaut, da an der Sache diskutiert wird und anhand der [Sinnhaftigkeit von Planungsideen](#) entschieden und die Diskussion nicht mehr auf Gender oder Frauenplanung alleine reduziert wird. Es geht um die Schaffung von Qualitäten im Rahmen der Planung für alle künftigen Nutzer.

Für den [Stadtumbau](#) ist dieses Thema wichtig, da Planerinnen und Planer Städte gestalten, ebenso wie Gebäude und Freiflächen. Sie sind an den dazugehörigen Entscheidungsprozessen maßgeblich beteiligt. Auf der anderen Seite nutzen Bürgerinnen und Bürger die geplante Umwelt und haben sie mit finanziert. Das Handeln dieser Akteure basiert auf unterschiedlichen [Lebenswirklichkeiten](#) und sozialen Prägungen.

Geschichtliche Entwicklung von Gender Planning

Feministische Planung als Ursprung von Gender Planning

Seinen Ursprung hat Gender Planning in der [feministischen Planung](#), die mit den damaligen Wohnungszuschnitten und der Gestaltung des Wohnumfeldes nicht einverstanden waren. Die damaligen Anforderungen der Wohnungsförderung wurden hinterfragt und Initiativen zu deren Abänderung gestartet.

Die zentrale Fragen beschäftigten sich mit dem [Lebensalltag von Frauen](#) im öffentlichen Raum und den dazugehörigen notwendigen Anforderungen, die umgesetzt werden mussten, um diesen Alltag zu ermöglichen. Daraus sind viele Vorschläge und Maßnahmen entstanden, die dazu beitragen sollten, dass sich Frauen im öffentlichen Raum besser und sicherer fühlen konnten.

Konkrete Projekte zeigen die

Möglichkeiten von Gender

Planning in der Praxis

Der Zugang zu Entscheidungen wurde ermöglicht, der Stand des Wissens ausgebaut [z.B. durch zahlreiche Literatur und entsprechende Lehrangebote] und Umsetzungsprojekte konkret entwickelt. Im Rahmen der Umsetzungsprojekte kommt der öffentlichen Hand eine Vorreiterrolle zu. Auf dem freien Markt haben sich bereits viele Anforderungen von Frauen durchsetzen können und die [Sichtweisen und Handlungsstrategien verändert](#) [z.B. in der Immobilienwirtschaft].

Gender Planning fußt auf der Erkenntnis, dass [Räume Denkstrukturen und Sichtweisen abbilden](#). Am Beispiel Zollverein wird deutlich, dass dieser Raum ursprünglich eine sehr männliche Prägung aufweist und im Zuge der Umgestaltung jedoch weiteren Gruppen und Nutzern offenstehen soll. Die ursprüngliche Botschaft des Raumes muss dabei allerdings nicht zwangsläufig verloren gehen.

Ziele und Methoden

Die **gesellschaftlichen Anforderungen** an Räume und Wohnungen haben sich im Laufe der Zeit stark gewandelt. Großfamilien existieren in der Regel nicht mehr, das Wohnumfeld muss heute in der Lage sein, bestimmte gesellschaftliche Funktionen, die aufgrund von sich verändernden Familienstrukturen verloren gegangen sind, aufzufangen. Gender Planning will diese gesellschaftlichen Veränderungen durch Strukturen im Raum unterstützen, wie z.B. optimale Nutzungsmischungen oder physische Anpassungen des Raumes.

Generelles Ziel ist es, dass die Vorgehensweise des Gender Planning genauso akzeptiert und etabliert wird, wie z.B. die Berücksichtigung ökologischer Aspekte im Rahmen der Planung.

In der planerischen Praxis werden u.a. folgende Ziele höher bewertet und im Detail neu beantwortet:

- Nutzungsmischung und gute Erreichbarkeit
- Ausgewogene Dichte und soziale Mischung
- Gute Erreichbarkeit von Einrichtungen des Gemeindebedarfes
- Hohe Nutzungsqualität von Wohnumfeld und Nutzungsvielfalt des Außenraumes
- Hoher Gebrauchswert wohnungsnaher Freiflächen
- Nutzungsvielfalt öffentlicher Grünflächen, Sport- und Spielplätze
- Öffentliche Verkehrsflächen als Kommunikations- und Aufenthaltsflächen
- Sicherheit im öffentlichen Raum
- Schaffung nachhaltiger Verbesserungen in der städtischen und quartiersbezogenen Wohn- und Lebensqualität

Es ist von zentraler Bedeutung, dass im Rahmen des Gender Planning die **Sprache der Entscheidungsträger** gesprochen wird. Das bedeutet, dass die teilweise abstrakten Ideen auf ganz konkrete Anwendungsbeispiele heruntergebrochen werden müssen. Die anfänglichen Widerstände in Bezug auf Gender Planning verschwinden in der Regel in der praktischen Arbeit, wenn es um konkrete Beispiele geht. Voraussetzung ist natürlich, dass Gender Planning grundsätzlich im Rahmen des Prozesses zugelassen wird.

Die Organisation des Prozesses erfolgt bei einer Projektentwicklung in der Regel über eine **Steuerungsgruppe**. Bei der Datenerhebung sollte im Sinne des Gender Mainstreaming auf die **geschlechterdifferenzierte Analyse** Wert gelegt werden, zumal die Erhebung dieser Daten meistens nicht aufwändiger ist. Auf diese Weise werden wich-

Gender Planning als Antwort auf Veränderungen

Abstrakte Ideen müssen auf konkrete Beispiele heruntergebrochen werden

Grundlagen

Daten müssen gendergerecht generiert werden

tige Daten generiert, die für die weitere Entwicklung eines Projektes von Bedeutung sind. Darüber hinaus sollen **Vorannahmen** über Nutzer/innengruppen überdacht und neue Erkenntnisse in die Planungen einbezogen werden. Daraus leiten sich dann entsprechende Maßnahmen ab, die aus den vorhergehenden Analysen entstehen. Ab diesem Punkt greift das normale Handwerkszeug der Planung.

Letztendlich kann man den Prozess auf **drei wesentliche Anforderungen** reduzieren:

- **Wissen** um die Unterschiede der Geschlechter in der Gesellschaft bezüglich der Interessen und Rahmenbedingungen,
- der **Wille** zur Umsetzung und das Engagement im weiteren Prozess sowie
- die **Beherrschung der fachlichen Voraussetzungen** für die weitere Umsetzung sind grob zusammengefasst die wesentlichen Anforderungen von Gender Planning.

Qualitätskriterien

Qualitätskriterien ergeben sich aus Erfahrungen

Aus der **Umsetzungserfahrung** ergeben sich bestimmte Qualitätskriterien, die in der Praxis eine gute Hilfestellung darstellen. Die Kriterien haben sich ursprünglich aus der frauengerechten Planung ergeben und sich weithin bewährt. Die nachfolgenden Kriterien sind jedoch nicht vollständig.

- Orientierung [nicht nur im Raum, sondern auch im Prozess: Welche Rolle spiele ich im Gesamtprozess? An wen muss ich mich wenden? usw.]
- Gebrauchsfähigkeit [Überdenken von Nutzungsanforderungen und Abläufen]
- Nachhaltigkeit
- Subjektives Sicherheitsempfinden
- Kommunikation
- Zugänglichkeit
- Identifikation

Um die Kriterien inhaltlich zu füllen und im Detail zu operationalisieren - das zeigt die bisherige Erfahrung - bedarf es weniger zusätzlicher Planungskennntnisse. Es geht vielmehr um eine andere Vorgehensweise bei der Analyse der Ausgangslage und der **Priorisierung von Entscheidungen**. Dieser neue Blick muss erworben, eingeübt oder auch anfänglich extern hinzugekauft werden.

Durch die [Anforderungen der EU](#), durch die [Veränderungen im demographischen Wandel](#), aber auch durch die [Erkenntnis, dass Gender Mainstreaming ein Wirtschaftsfaktor](#) sein kann [z.B. bei der Anwerbung von Facharbeiterinnen], hat dazu geführt, dass dieses Thema in den vergangenen Jahren innerhalb der Kommunen eine Aufwertung erfahren hat.

Unterschiedliche [Checklisten](#) und Leitfäden sind mittlerweile vorhanden, dienen jedoch lediglich als Orientierung für die geschlechtergerechte Planung. Es gilt dabei zu beachten, dass kein Fall gleich ist, in jedem Einzelfall müssen angepasste Verfahren gefunden werden. Somit können diese Checklisten nicht „stur“ abgearbeitet werden. Im Einzelfall muss entschieden werden, welche Aspekte der Checkliste weiterhin relevant sind.

Es gibt die Überlegung, aus den verschiedenen Vorgehensweisen und Checklisten eine übergeordnete zu erstellen, die auf einer breiten Beteiligung fußt und möglichst vollständig die Prinzipien des Gender Planning erfasst. Bisher gibt es [keine autorisierte Institution](#), die für die Erstellung einer solchen Liste zuständig wäre.

Die [Prinzipien dieser Checklisten](#) haben sich im Grundsatz nicht verändert. Durch die gesellschaftliche Entwicklung hat sich allerdings die Ausprägung dieser Prinzipien verändert. Das bedeutet auch, dass Maßnahmen, die sich aus diesen Prinzipien ergeben, auf diese Veränderungen eingehen müssen. Die Prinzipien an sich sind nach Meinung der Beteiligten jedoch weiterhin gültig.

Zusammenfassend sind zentrale Themen des Gender Planning:

- Akzeptanz in den Planungsprozessen
- Messen der Qualität von Gender Planning
- Konkretes Vorgehen [z.B. konkrete Datenerhebung]
- Modellprojekte initiieren und durchführen

Es geht vor allem darum, das [tägliche Umfeld menschlicher zu gestalten](#). Die Prioritäten innerhalb eines Planungsprozesses verschieben sich, wenn man sich entscheidet Prinzipien des Gender Planning anzuwenden.

[Existierende Checklisten](#)

[können lediglich als Ori-](#)

[entierung dienen](#)

[Eine übergeordnete Checkli-](#)

[ste existiert bisher nicht](#)

6. Gender Mainstreaming - Gute Beispiele aus der Praxis

Praxisbeispiele mit Relevanz
für den Stadtumbau

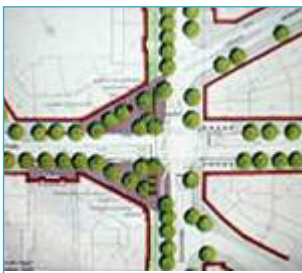
Im Folgenden wird anhand einiger konkreter Beispiele aufgezeigt, wie das Konzept des **Gender Mainstreaming in der Planungspraxis** erfolgreich umgesetzt werden kann. Eine detaillierte Beschreibung der einzelnen Fallbeispiele ist in der ExWoSt-Information 26/4 „Gender Mainstreaming im Städtebau“, herausgegeben vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, zu finden. Die ausgewählten Beispiele sind im Bereich des Stadtumbaus ebenfalls von hoher Relevanz.

Wohnprojekt Rieselfeld [Handlungsfeld Wohnen]



Im Rahmen einer umfangreichen BürgerInnenbeteiligung entstand 1993 bei der Entwicklung des städtebaulichen Entwurfs der Arbeitskreis „**Frauengerechtes Wohnen**“. Mit ihm entstand das Projekt „Stadt + Frau“, in dessen Rahmen drei viergeschossige Gebäude realisiert wurden. Diese Gebäude sind in ihrer Ausgestaltung sehr variabel und bieten darüber hinaus großzügige Frei- und Gemeinschaftsflächen. Da die Wohnungen für verschiedene Einkommensgruppen konzipiert wurden, gibt es sowohl frei- als auch öffentlich finanzierte Wohnungen. Die Konzipierung des Bauvorhabens berücksichtigte vor allem die Belange von Frauen auf Basis eines im Vorfeld erarbeiteten Kataloges. So konnten die Mängel des herkömmlichen Wohnungsbaus, wie fehlende Kommunikations- und Spielbereiche, fehlende Abstufung von privaten und öffentlichen Räumen sowie fehlende Vermeidung von Angsträumen umgangen werden. Das Projekt zeigt also exemplarisch, wie bei Planung und Realisierung Zielvorstellungen zur Herstellung von Chancengleichheit formuliert und umgesetzt werden können und wie dies zu einer deutlichen Qualitätssteigerung des Prozesses wie auch seiner Ergebnisse führen kann.

Hannover schafft Platz [Handlungsfeld Freiraumplanung/Öffentlicher Raum]



Das Programm „**Hannover schafft Platz**“ möchte die öffentlichen Räume der Landeshauptstadt ansprechender gestalten. Dabei werden Stadtplätze nicht nur als Baumaßnahme begriffen, sondern als eine Gestaltungs- und Impulsmöglichkeit für ein vielseitiges soziales und kulturelles Leben. Zur Entwicklung dieser Plätze wurde entschieden, Anforderungen des Gender Mainstreamings umzusetzen. Insbesondere im Bereich der Beteiligungsprozesse wurde auf die Berücksichtigung der Vorstellungen von Frauen und Männern geachtet. Viele der Stadtplätze in Hannover konnten auf diese Weise bereits umgestaltet wer-

den. In den meisten Fällen sind dabei vielseitig nutzbare, kommunikative und offene Plätze entstanden, die den unterschiedlichen Nutzergruppen das richtige Maß an Aufenthaltsqualitäten bieten. Im Rahmen des Prozesses konnte ein Verfahren entwickelt werden, dass wichtige Gender-Aspekte in den planerischen Alltag fest verankern konnte.

Gleichberechtigte Nutzung öffentlicher Grün- und Sportanlagen [Handlungsfeld Infrastruktur]

Auch die Infrastruktur in unseren Städten muss sich den Anforderungen an eine neue Nachfragerstruktur anpassen. In Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg wurde daher die Nutzung der bestehenden Sportstätten genau untersucht. Ziel war es unter anderem festzustellen, ob die **Nutzung der Sportstätten** geschlechtergerecht erfolgt, d.h. ob die Angebote gleichermaßen alle Nachfrager ansprechen. Innerhalb der Analyse konnten Angebotstypen identifiziert werden, die z.B. Frauen benachteiligt haben. In einem Folgeschritt wurden Vorschläge entwickelt, um dieser Benachteiligung entgegenzuwirken. Auch die Einbindung von Migrantinnen in zukünftige Sportangebote war dabei ein wichtiges Thema. Das Projekt zeigt mit seiner stringenten Arbeit, wie eine nachhaltig erfolgreiche und an den Bedürfnissen der sich wandelnden Stadtgesellschaft angepasste Infrastruktur mit Hilfe der Prinzipien des Gender Mainstreaming erreicht werden kann.



7. Freiraumplanung im Quartier Die Entwicklung des quartiersbezogenen Freiraums für neue Nutzungsanforderungen unter genderrelevanten Gesichtspunkten

Grundlagen für Freiraumplanung aus Genderperspektive

Erfahrungen beider Geschlechter sollten idealerweise einbezogen werden

Die wesentlichen Grundlagen in der Freiraumplanung aus der Genderperspektive werden auf **drei unterschiedlichen Ebenen** sichtbar. Die nachfolgenden Ausführungen gehen davon aus, dass die Genderthematik im jeweiligen Projekt beachtet werden soll und beschreiben die Vorgehensweise im Einzelnen.

Auf der **Verfahrensebene** ist es wünschenswert, die Erfahrungen der beiden Geschlechter auf der Seite der EntscheidungsträgerInnen und auf Seiten der Betroffenen einzubeziehen. Dazu werden so genannte Steuerungsgremien eingesetzt, die paritätisch besetzt werden sollten. Je nach Ausrichtung und Aufgabe des Gremiums, müssen die entsprechenden Akteurinnen und Akteure gefunden werden, die es besetzen sollen. Es ist darüber hinaus wichtig, dass die Genderperspektive zumindest mit einer entsprechenden Person verknüpft ist, die im Projektverlauf die entsprechenden wichtigen Impulse setzt.

In einem weiteren Schritt werden **Leitfragen** definiert, die von ihren inhaltlichen Fragen nicht neu sind, aber denen im Rahmen des Gender Plannings eine höhere Priorität beigemessen wird. Diese Leitfragen können sein:

- Wer nutzt den Raum?
- Wer fehlt?/ Wen trifft man nicht an?
- Welche Datenanalysen sind relevant?
- Was genau geschieht vor Ort?/ Wie sind die Wege bis zum Freiraum im Detail? /Wie kommt man hin und wieder weg?
- Welche Lebensmodelle dienen als Vorannahme? [Beachtung des Kontextes, in dem der Freiraum genutzt werden soll. Ist er eher öffentlich oder sehr privat, wird er nur in der Freizeit genutzt oder als Pausenraum während der Arbeit für die Kurzzeiterholung]
- Welche Maßnahmen können Wahlmöglichkeiten unterstützen?
- Wie wird Erfolg definiert? [Ist der Freiraum gut, wenn er überhaupt genutzt wird, oder wenn er voll ist? Ist er erfolgreich, wenn er einem bestimmten Erscheinungsbild entspricht?

Die daraus zu definierenden **Qualitätskriterien** müssen dann im weiteren Verlauf des Projektes abgearbeitet werden. Die Bandbreite und

Freiraumplanung

Ausprägung der Kriterien kann sich je nach Projekt und Kommune verändern.

Nachdem die Kriterien definiert wurden, wie z.B. die Erhöhung des subjektiven Sicherheitsempfindens, können sehr **konkrete Maßnahmen** abgeleitet werden [z.B. verbesserte Beleuchtung, Einsehbarkeit, weitere Nutzungen am Weg]. Soll beispielsweise die **Orientierung** verbessert werden, könnte dies durch selbsterklärende Systeme erfolgen, wie z.B. Wegebreiten oder unterschiedliche Beläge. Im Sinne der optimalen Nutzung des Freiraums ist es auch erforderlich, die entsprechenden Aneignungsmöglichkeiten vorzuhalten. Dabei handelt es sich teilweise um die Erlaubnis, bestimmte Nutzungen durchzuführen, wie z.B. das Grillen in einem Park.

Im Rahmen des Workshops wurden **drei Anwendungsfelder** definiert, anhand derer die Möglichkeiten des Gender Plannings im Detail aufgezeigt werden sollen.

Wohnungsnahes Umfeld

Zunächst würde sich an dieser Stelle die Frage stellen, wer in dem entsprechenden Umfeld zu Hause ist. Es gilt daher genau zu beobachten, aus welchem **Kontext** die Nutzer überhaupt auf die Freifläche kommen. Es könnte sein, dass es Nutzer sind, die keinen eigenen Balkon haben oder, dass es ein Ort ist, an dem Kinder laut spielen können. Es ist demnach eine entscheidende Frage, wofür dieses Grün überhaupt benötigt wird, ob es sich um Grün handelt, das nur zum Anschauen gedacht ist, oder ob es eine Fläche ist, die intensiv von unterschiedlichen Nutzergruppen in Anspruch genommen wird.

Die Fragestellungen sind demnach nicht neu, sie erhalten lediglich eine **veränderte Priorität**. Ein wichtiger neuer Blick im Rahmen des Gender Planning beschäftigt sich mit der Frage, was die Freiflächen den Menschen, die sie später benutzen möchten, nützt. Weitere Fragen beschäftigen sich mit der **Ausstattung der Wohnungen**, um festzustellen, wie dringend das Grün benötigt wird und welche Ziele es verfolgen soll. Darüber hinaus ist es wichtig zu wissen, wie die einzelnen Nutzer das Grün überhaupt erreichen können. Wenn das Grün das Ziel verfolgt, die Betreuungssituation zu vereinfachen, dann muss es bestimmte Voraussetzungen erfüllen und sich z.B. in Sichtweite befinden bzw. darf keine Gefahren bei der Erreichbarkeit bergen.

Der **wohnungsnaher Freiraum** muss auch die verschiedenen Lebensmodelle berücksichtigen und optimalerweise auch für jede/n etwas vorhalten können. Im Grunde müsste er wie die Wohnung selbst aufgebaut sein, in der es Gemeinschaftsräume ebenso wie Rückzugsräume

Aus den Kriterien können
danach erste konkrete Maßnahmen
abgeleitet werden



Fragestellungen sind nicht
neu, sondern haben eine höhere
Priorität

Freiraumplanung

gibt. Der Freiraum würde dann als erweiterter Wohnraum fungieren können. Es müsste Orte geben, an denen man andere Menschen treffen kann und auch Orte, die für bestimmte Vorhaben zur Verfügung stehen. Auch das Bedürfnis nach Ruhe oder die Erlaubnis für Lärm müssen im Vorfeld eindeutig geklärt werden.

Nutzungsoptionen des Umfeldes einbeziehen

Im Rahmen des **infrastrukturellen Kontexts** geht es vor allem darum, zu wissen, welche anderen Nutzungsoptionen im Umfeld bereits bestehen und wer diese nutzt. Daraus leitet sich dann auch ab, welche Nutzergruppen später die Angebote im wohnungsnahen Umfeld nutzen werden. Ein wesentlicher Schritt ist das Überdenken von Vorannahmen, Bekanntes infrage zu stellen und klare Ziele zu definieren.

Freiraum im Spannungsfeld unterschiedlicher Nutzungen

Öffentlicher Freiraum

Der öffentliche Freiraum kann sich im Spannungsfeld zwischen **Niemandsland und Idylle** bewegen, zwischen einer einfachen leeren Wiese oder einem stark frequentiertem Park. Der Freiraum sollte ein Angebot vorgedacht haben, das die unterschiedlichen Bedürfnisse der NutzerInnen aufnehmen kann. Wichtig für die Planung des Freiraums ist die Frage nach der Situation, die erzeugt werden soll. Geht es um Ruhebedürfnisse oder auch um das Naturerleben? Darüber hinaus muss man nach der Nutzung am Tage und in der Nacht unterscheiden, manche Flächen dienen auch hauptsächlich als Durchquerung, um einen bestimmten Ort im Kontext der Stadtwege zu erreichen.

Freizeiteinrichtungen sollten "genderoffen" gestaltet und für alle zugänglich sein

Freizeit und Sport

Bestimmte **Freizeitvorrichtungen** sind **genderoffen** gestaltet, wie zum Beispiel ein Wander- oder Joggingpfad. Ein Fußballplatz hingegen ist in der Regel hauptsächlich für männliche Sportler attraktiv; Frauen sind dort fast nie anzutreffen. Flächen sind mit bestimmten Botschaften behaftet, die bestimmte Nutzergruppen direkt ansprechen. Flächen können unter Genderaspekten so gestaltet werden, dass bestimmte Nutzer eingeladen werden, die entsprechenden Flächen zu nutzen. Die **temporären Nutzungen** in einem Raum definieren ihn und haben dementsprechend auch Auswirkungen auf diejenigen, die sich ebenfalls im Raum aufhalten oder ihn nutzen. Die Methode der Raumb Beobachtung ist auch hier das erste Mittel, um herauszufinden, wer zu welchen Zeiten den öffentlichen Raum nutzt.

Die Frage "Wer fehlt?" ist sehr entscheidend

Die Frage nach dem „**Wer fehlt?**“ erscheint im Gesamtzusammenhang als eine der wesentlichen Fragen, die man sich als PlanerIn stellen muss. Vielfach wird diese Frage nicht ernsthaft gestellt, würde aber neue und wichtige Erkenntnisse für die Ausgestaltung der Freiflächen bringen. In

der Praxis wird in der Regel nur daran gearbeitet, den jetzt schon vorhandenen Nutzern und Nutzerinnen Verbesserungen im Freiraum anzubieten, noch fehlende Gruppen, die den Raum potenziell ebenfalls nutzen könnten, spielen dabei häufig keine Rolle. [Öffentliche Räume kosten Geld](#), daher ist es enorm wichtig, im Vorfeld schon genau zu hinterfragen, wem das öffentliche Geld im Nachhinein zur Verfügung gestellt wird.

Beispiele aus der Praxis

Am Beispiel des [Westparks](#) in Dortmund wird diese Problematik deutlich. Angrenzend an den Park befindet sich eine Seniorenresidenz, deren BewohnerInnen die Freiflächen so gut wie nie nutzen. Hier müsste man zuerst die Frage stellen, aus welchen Gründen die Nutzung nicht wahrgenommen wird. Der Park hat sich insgesamt durch Veränderungen bestimmter baulicher Infrastruktureinrichtungen nachhaltig verändert und neuen Bevölkerungsgruppen Zugang verschafft. Er wurde dadurch vielfältiger und sicherer gemacht und hat die ursprünglichen NutzerInnen dennoch nicht verdrängt.

Außerdem ist es wichtig, sich zu verdeutlichen, dass das [Nichtvorhandensein](#) von bestimmten Nutzergruppen nicht automatisch heißt, dass hier kein Bedürfnis für eine öffentliche Nutzung vorliegt. Des Weiteren gilt es zu hinterfragen, ob die von PlanerInnen definierten Bedürfnisse für alle auch als „gute“ Bedürfnisse empfunden werden.

Eine besondere Gruppe, die vermehrt aus dem öffentlichen Raum vertrieben wird, stellen die Jugendlichen dar. Nach den Erfahrungen von Frau [Hofschröer](#) in [Gevelsberg](#) hat sich eine gewisse [Jugendfeindlichkeit](#) in der Gesellschaft breit gemacht. Aufenthaltsflächen für Jugendliche werden von vielen als sehr negativ und bedrohlich wahrgenommen. Frau [Beckmann](#) ergänzt, dass es in Zukunft eine spannende Frage sein wird, gerade auch in Großwohnsiedlungen das Ruhebedürfnis der älteren BewohnerInnen mit dem Bedürfnis der Jugendlichen und Kinder, laut zu sein, zu kombinieren. Der Vorteil des wohnortnahen Spielens und die dadurch bedingte Möglichkeit der sozialen Kontrolle steht dem Ruhebedürfnis anderer BewohnerInnen gegenüber. Die Frage wird in Zukunft sein, wie man einen solchen Prozess moderieren kann und zu welchen Lösungen man letztendlich gelangt.

In [Kreuztal](#) hat man deshalb das Thema Jugendliche strategisch gar nicht erst im Rahmen eines Umgestaltungsprozesses angesprochen, um zu gewährleisten, dass die Jugendlichen, die den Ort jetzt bereits nutzen, dadurch nicht vertrieben werden.

Dabei muss man zusätzlich die Möglichkeiten in bestimmten Siedlungsformen betrachten. In [Scharnhorst Ost](#) wurde mit Jugendlichen

Beispiel:

[Dortmunder Westpark](#)

[Latente Jugendfeindlichkeit](#)

[herrscht in vielen Kommunen](#)

[im Bezug auf Freiraum](#)

Freiraumplanung

zusammen am Siedlungsrand ein Aufenthaltsraum geschaffen, um damit zu gewährleisten, dass es bei der Umgestaltung von anderen Außenbereichen in der Siedlung zu **Nutzungskonflikten** kommt, da die Jugendlichen bereits einen selbst gestalteten und etablierten Raum für sich beanspruchen können. Diese Form der Nutzungsentzerrung funktioniert jedoch nicht überall, da die entsprechenden Flächenpotenziale nicht immer vorhanden sind.

In einigen Städten spielt auch die **Topografie** eine wichtige Rolle. Aufgrund schwieriger topografischer Begebenheiten, wie z.B. in **Wuppertal**, existieren in einem sehr begrenztem Maße Freiräume, mögliche Konflikte sind hier eher wahrscheinlich.

Platzhausmeister als Beispiel
zur Entzerrung von Konflikten

In der **Dortmunder Nordstadt** wurde versucht, Nutzungskonflikte zu entzerren, indem auf einigen Plätzen so genannte „Platzhausmeister“ eingerichtet wurden. Diese Hausmeister sind dafür verantwortlich, dass der Platz sauber bleibt, dass kleinere Reparaturen erledigt werden und dass ein Ansprechpartner vor Ort sichtbar ist. Dieses Instrument stellt jedoch nur ein **Hilfsmittel** dar, die einzelnen Bevölkerungsgruppen, auch die problematischen, bleiben erhalten. Bestimmte Personen, die den Platz z.B. hauptsächlich zum Alkoholkonsum nutzen, haben sich jedoch darauf verständigt, nur bestimmte Bereiche zu nutzen, um Konfliktsituationen zu minimieren. In einem anderen Beispiel sind es sogar diese Nutzer, die für die Sauberkeit auf dem Platz sorgen.

Die völlige Aufhebung von
Nutzungskonflikten wird
nicht möglich sein

Nutzungskonflikte werden allerdings im Freiraum auch in Zukunft vorhanden sein, da dieser begrenzt ist und auch nur eine gewisse Anzahl von Menschen ihre Bedürfnisse darin befriedigen kann. Gerade in städtischen Quartieren werden diese Konflikte mit planerischen Mitteln nicht vollständig lösbar sein. Die Möglichkeit besteht nur darin, Lösungen zu überlegen, um diese Konflikte so wenig wie möglich aufkommen zu lassen. Das **Gender Planning** kann eine mögliche sinnvolle Form sein, um hier **gute Lösungen** zu produzieren. Es wird allerdings auch durch Gender Planning nicht funktionieren, für alle Nutzungsansprüche das passende Maß zu finden. Ein schwieriger Punkt stellt auch die Frage nach der Wichtigkeit von bestimmten Nutzergruppen dar: Kann man wirklich entscheiden, dass einige Gruppen mehr Ansprüche auf bestimmte Räume haben als andere? Abschließend wird diese Frage nicht zu klären sein, da der Anspruch, für jeden alles perfekt zu gestalten nicht funktionieren wird. Wichtig ist jedoch, für diese Art der Problematiken sensibilisiert zu sein und bestimmte Annahmen und Verhaltensmuster zu überdenken.

Übertragbar sind derartige Fragestellungen auch auf andere Bereiche in der Planung. Gerade auch bei **Beteiligungsveranstaltungen** muss man sich häufig die Frage stellen, welche Gruppen nicht erreicht wurden und fehlen. Dabei stellt sich dann auch die Frage, warum bestimmte Be-

völkerungsteile fehlen und sich nicht angesprochen fühlen. Gleichwohl ist es auch ein Abwägungsprozess, da man nicht jede und jeden erreichen kann.

Gender Mainstreaming ermöglicht und forciert es, in alltäglichen Planungsprozessen eine neue und **andere Perspektive** einzunehmen, um bestimmte Probleme und Ansprüche anders wahrzunehmen und in die Planungsabläufe integrieren zu können. Gender Mainstreaming wird dabei als Methode betrachtet, um **differenzierter Planungsprobleme aufzuarbeiten** und Lösungen zu finden. Auch beim Beispiel eines Einzelhandelsgutachtens muss man sich die Frage stellen, ob Umfragen geschlechterspezifisch vorgenommen werden, um die unterschiedlichen Einkaufsverhalten genau darzustellen.

Perspektiven verändern sich
durch Gender Planning

8. Checkliste zu relevanten Themenfeldern für die tägliche Arbeit

Zur Unterstützung der Arbeit von Planern und Planerinnen, die wenig Erfahrung mit Gender Planning haben, aber dort einsteigen möchten, wurden **vielfältige Checklisten** für die unterschiedlichen Handlungsfelder entwickelt. Die Checklisten geben erste Anregungen für das Stellen der richtungsweisenden Fragen, sie sind somit nicht vollständig und im Sinne von „Abhaken“ zu verstehen. Die Erörterung der Fragen mit [genderkompetenten] Planern, Planerinnen und den Bürgern und Bürgerinnen vor Ort zeigt, wie differenziert die Antworten ausfallen werden. Die folgenden Checklisten fassen ausführlichere Checklisten und Erläuterungen aus dem Difu-Paper „Gender Mainstreaming in der Bauleitplanung“ zusammen.

Checklisten geben erste Hilfestellungen für PlanerInnen

Grünraum/Wohnumfeld/Öffentlicher Raum

- Sind die wohnungsbezogenen Freiflächen für die verschiedenen Zielgruppen nutzbar, gibt es Beeinträchtigungen von außen?
- Sind die Freiflächen und Spielplätze sicher und schnell erreichbar?
- Sind Übergänge zwischen öffentlichen Grün- und Freiflächen vorgesehen?
- Wurden in der Planung genügend Flächen für Kommunikation, als Spielflächen oder als Abstellflächen für Fahrräder, Kinderwagen oder auch Rollstühle berücksichtigt?
- Fühlt man sich als NutzerIn auf den Freiflächen sicher?
- Haben Straßenräume Aufenthaltsqualität?
- Werden belebende Nutzungen im Stadtteil so verortet, dass ein Aufenthalt im öffentlichen Raum möglichst nicht als unsicher empfunden wird?

Checklisten

Wohnen

- Wird den Anforderungen an das Wohnen mit Kindern oder älteren Menschen Rechnung getragen?
- Finden alle Bevölkerungsgruppen den gewünschten/benötigten Wohnraum?
- Gibt es Kommunikationsmöglichkeiten [Versammlungen, Veranstaltungen] innerhalb des Wohnungsbestandes?

Infrastruktur/Nahversorgung

- Sind Einkaufsmöglichkeiten und andere Infrastruktureinrichtungen zu Fuß, mit dem Rad oder dem ÖPNV sicher und bequem erreichbar?
- Sind Einzelhandels- und Dienstleistungsbetriebe auch ohne PKW mit vertretbarem Aufwand zu erreichen?
- Wie kann Erreichbarkeit auch angesichts geringer werdender Auslastungen gewährleistet werden?
- Können Alltagsaktivitäten mit dem Spiel- und Sportplatzbesuch kombiniert werden?
- Bieten Rückbauerfordernisse Chancen für Spiel, Sport und Bewegung im Quartier?

Soziale Mischung

- Werden Voraussetzungen für eine soziale Mischung im Quartier geschaffen [z.B. unterschiedliche Wohngrößen und –qualitäten, unterschiedliche Vermarktungsformen, wie Eigentum und Miete]?
- Wurden Flächen oder Gebäude für besondere Wohnformen vorgesehen [z.B. betreutes Wohnen]?

Die Vision zu den Inhalten
des Gender Plannings ist
deutlich geworden

9. Fazit und weitere Schritte

Als wichtiges Fazit kann festgehalten werden, dass die Vision, wovon man im Rahmen von Gender Mainstreaming und Gender Planning eigentlich spricht, verdeutlicht werden konnte. Ziel muss es sein, das Thema in den Planungsprozessen besser zu verankern und es als neue Herangehensweise auszuprobieren, auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. In Zukunft sollte das Thema zur **Normalität** im Planungsalltag gehören.

Die TeilnehmerInnen des Workshops beschließen, dass eine **Nachfolgeveranstaltung** zum Thema Wohnen stattfinden sollte, da aufgrund der mangelnden Zeit keine Diskussion dazu in diesem Workshop möglich war. Ein möglicher Folgetermin sollte daher mehr Raum für das Spezifische bereithalten.

Detailliertere [Argumentationskriterien](#) sind notwendig, um Gender Mainstreaming in Planungsprozessen „Top-Down“ anwenden zu können. Einige TeilnehmerInnen haben sich bereits Details und Anregungen aus dem Workshop für die tägliche Arbeit mitgenommen, wie z.B. die Erhebung von Genderdaten bei Beteiligungsveranstaltungen. Dazu gehört auch die Frage nach dem „Wer fehlt?“ öfter anzuwenden.

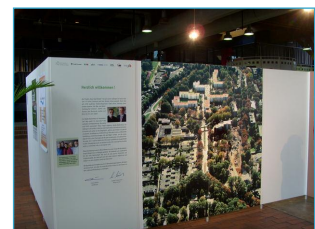
Die Stadt [Gevelsberg](#) erklärt sich bereit, ein [Modellprojekt](#) gemeinsam mit dem ZFBT zu initiieren, um auch anderen Kommunen beispielhaft zu zeigen, welche Qualitäten durch Gender Mainstreaming entstehen können. Das könnte einen Anreiz darstellen, um auch in anderen Städten dieses Konzept anzuwenden.

[Modellprojekt für die Stadt](#)

[Gevelsberg](#)

Rundgang durch das Quartier/ Ausstellung

Im Anschluss an die Veranstaltung stand für alle eine Führung durch das Quartier offen. Die parallel stattfindende [Ausstellung zum Stadtumbau West in Wulfen Barkenberg](#) wurde zum größten Teil von den Bewohnern selbst initiiert und erstellt. Sie zeigt eindrucksvoll die Entwicklung der gewaltigen Siedlung. Vor allem das Experimentelle in der Gründungsphase wird anhand unterschiedlicher Ideen während der Bauphase deutlich. Viele architektonische und städtebauliche Experimente konnten hier verwirklicht werden. Dazu zählt das Wege- und Straßensystem, das den Fußgängern Priorität einräumt, die Metastadt, die inzwischen nicht mehr existiert oder aber auch das [Habiflexgebäude](#), das im Innenraum die Zuschnitte variabel gestalten konnte. Heute ist dieses Gebäude aufgrund von Sicherheitsmängeln, Instandhaltungsdefiziten und technischen Mängeln jedoch nicht mehr bewohnbar.



Gut ausgelastet ist hingegen die [Finnstadt](#), ein Gebäudekomplex, der aufgrund seines finnischen Architekten so benannt wurde und allen Bewohnern die Möglichkeit einer Terrassennutzung einräumt.



Die ursprünglichen BewohnerInnen stehen auch heute noch hinter dem Konzept der Barkenberg-Siedlung. Viele zogen während der Entstehungszeit aus dem Ruhrgebiet weg, um in der neuen Siedlung naturnah ein neues Zuhause zu finden. Viele der BewohnerInnen haben sich in der Zwischenzeit ein Eigenheim im Umfeld der großen Wohnblöcke gesichert.

Im Rahmen des Stadtumbaus sind schon einige Gebäude zurückgebaut worden, andere sind teilweise verkleinert und modernisiert worden. Im Zuge des weiteren Umbaus sollen neue Wohnqualitäten in der Siedlung entstehen.

TeilnehmerInnen

Gisela Bartholomä | Dortmund, Stadtplanung- und Bauordnungsamt
Helga Beckmann | Kreuztal, Stadtteilbüro Fritz-Erler-Siedlung
Andreas Belz | Gevelsberg, Stadtentwicklung, Umwelt, Wirtschaftsförderung
Ute Ellermann | Basta Dortmund
Jutta Hesse | Wuppertal, Stadtentwicklung
Margit Hieber | Gevelsberg, Stadtentwicklung, Umwelt, Wirtschaftsförderung
Christel Hofschröder | Gevelsberg, Gleichstellungsstelle
Gisela Humpert | Zentrum für Frau in Beruf und Technik
Petra Kersting | Zentrum Frau in Beruf und Technik
Vera Konieczka | Dorsten, Gleichstellungsstelle
Ellen Pilzecker | Stadt Lünen, Frauenbüro
Bärbel Reining-Bender | Wesel, Gleichstellungsstelle Wesel
Renate Schmitt-Hofemann | Ministerium für Generationen, Familie, Frauen
und Integration des Landes NRW
Frank Schulz | Innovationsagentur Stadtumbau NRW
Uta Schütte-Haermeyer | Quartiersmanagement Bochum-Hustadt
Bettina Vaupel | Zentrum für Frau in Beruf und Technik

Weiterführende Literatur zum Thema

- Uta Bauer, Stephanie Bock, Ulrike Meyer und Heike Wohltmann: Gender Mainstreaming in der Bauleitplanung - Eine Handreichung mit Checklisten, Berlin 2007 [Difu-Paper]
- Kuberka, Daniela: Gender im Projektmanagement. Leitfaden zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Praxis, ZFBT [Hrsg.], Castrop-Rauxel 2006
- Humpert, Gisela: Gender Mainstreaming für Planungswettbewerbe – Arbeitshilfe für Auslobung und Teilnahme, ZFBT [Hrsg.], Castrop-Rauxel 2006
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung [Hrsg.], ExWoSt-Informationen 26/4
- „Gender Mainstreaming im Städtebau“, Gender Mainstreaming – Gute Beispiele, Bonn 2005

Rückfragen und Kontakt über die Referentinnen: www.zfbt.de

Bildquellen:

Logo Gender: http://www.dresden.de/media/bilder/logos/228_gender_logo.gif

Fußgänger Mann: http://www.hs-nb.de/fileadmin/PROJEKTE/GenderMainStreaming/files/Bilder/fussgaenger_mann.jpg

Frau Baustelle: http://www.hs-nb.de/fileadmin/PROJEKTE/GenderMainStreaming/files/Bilder/baustelle_frau.jpg

FluchtwegFrau: http://www.stehpisser.net/1/images/stories/magazinpics/schild_fluchtweg_big.jpg

Laubengang: <http://www.modellprojekt-stadtundfrau.de/gfx/image010.jpg>

Stadtplatzprogramm: <http://www.plankom.net/planung/images/stadtplatzprogramm.jpg>

Soja: <http://www.sport-im-kiez.de/82351.htm?pic=11>

Fotos der Innovationsagentur Stadtumbau NRW vom Workshop Gender Mainstreaming und Rundgang am 13.11.2008

Grafik Ziel 2: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW

Das Gemeinschaftsprojekt
| 'Innovationsagentur Stadtumbau NRW' |
wird unterstützt und finanziert
durch die Städte:

Arnsberg
Bielefeld
Bochum
Duisburg
Dortmund
Gelsenkirchen
Gladbeck
Hagen
Hamm
Heiligenhaus
Herdecke
Heme
Iserlohn
Kamp-Lintfort
Kreuztal
Leverkusen
Lünen
Siegen
Steinheim
Velbert
Wuppertal

Impressum

Workshop Gender Mainstreaming
Gute Praxis zum Querschnittsziel:
Gleichstellung von Frauen und Männern im Programm
Stadtumbau West - Gender Mainstreaming

Bearbeitung:

Dipl.-Ing. Frank Schulz
Dipl.-Ing. David R. Froessler



Innovationsagentur Stadtumbau NRW
Talstraße 22-24
D - 40217 Düsseldorf

Fon: 0211 - 5 444 866
Fax: 0211 - 5 444 865

eMail: info@StadtumbauNRW.de
Web: www.StadtumbauNRW.de

Düsseldorf, Januar 2009